

9 Nennungen des Stichwortes „Prävention“ im Wahlprogramm für die Bundestagswahlen 2017 der Partei DIE LINKE

(1)

„Gleichberechtigung aller Lebensweisen voranbringen!

Gewaltprävention und Hilfe für Gewaltopfer

Inter- und Transsexualität

Dialog der queeren Community mit allen gesellschaftlichen Gruppen stärken“ (Seite 2)

(2 + 3)

„**Gewaltprävention** und Hilfe für Gewaltopfer

Noch immer sind queere Menschen überproportional von Übergriffen und Gewalttaten betroffen. Dies betrifft sowohl das private bzw. familiäre Umfeld als auch den öffentlichen Raum. Homo- und transfeindliche Übergriffe nehmen seit dem Aufschwung von Rechtspopulisten und anderen radikalen Gruppen sogar zu. Hier kommt dem Staat eine Schutzrolle zu. DIE LINKE setzt sich für die umfassende Unterstützung von **Präventionsprojekten** und Organisationen ein, die sich mit der Hilfe für Gewaltopfer beschäftigen. Die Strafverfolgung von queerfeindlicher Gewalt muss dementsprechend geahndet und stärker verfolgt werden als bisher.“ (Seite 76)

(4)

„Krieg und die Androhung militärischer Gewalt können keine Mittel einer friedensstiftenden Politik sein. Die friedliche **Prävention** und frühzeitige Lösung von potenziell kriegerischen Konflikten müssen im Zentrum der deutschen Außenpolitik stehen. Wir wollen, dass sich Deutschland an das Völkerrecht und die universellen Menschenrechte in ihrer Gesamtheit der bürgerlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte hält. Wenn die Bundesregierung dagegen von »mehr Verantwortung« in Europa und der Welt spricht, meint sie damit die Durchsetzung geopolitischer Interessen, Auslandseinsätze der Bundeswehr und mehr Geld für Rüstungsprojekte.“ (Seite 100)

(5)

„Gerechtigkeit in den internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ist eine direkte **Prävention** gegen Armut, Gewalt und Krieg. Wir wollen den Reichtum radikal umverteilen und die ungerechten weltweiten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen so verändern, dass alle Menschen sich sozial, kulturell und politisch entfalten können. Hierfür bilden die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) der UNO eine wichtige Grundlage. Um sie zu erreichen, braucht es einen politischen und wirtschaftlichen Richtungswechsel. Die deutsche und europäische »Entwicklungshilfe« ist oftmals an erpresserische »Strukturreformen« geknüpft und untergräbt eigenständige Entwicklung.“ (Seite 103)

(6)

„Die zivilen UN-Gremien müssen effizienter gestaltet, finanziell besser gestellt und politisch gestärkt werden. Die Mittel des UNO-Hilfswerks und des Welthungerprogramms müssen ausreichend erhöht werden. Wir lehnen die Militarisierung der UN ab. Wir setzen auf die Entwicklung multi- und supranationaler Instrumente der Friedenssicherung und demokratischer **Konfliktprävention**. Fragen der globalen wirtschaftlichen Entwicklung müssen in den Gremien der Vereinten Nationen wie dem Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) und der Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) Programm zur Bundestagswahl 2017 DIE LINKE verhandelt werden – und nicht in selbst ernannten Zirkeln wie den G8 oder den G20. Einen ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat lehnen wir ab.“ (Seite 105/106)

(7)

„DIE LINKE setzt sich für einen Paradigmenwechsel ein: weg von der Strafverfolgung, hin zu **Prävention**, Beratung und Hilfe. Wir sehen es nicht als Aufgabe der Politik an, Menschen zu erziehen, sondern ihnen eine informierte und risikobewusste Konsumententscheidung, ähnlich wie bei Tabak und Alkohol, zu ermöglichen. Wir wollen den Wunsch nach Rausch nicht moralisch werten; er ist ein Bestandteil der Kultur.“ (Seite 128)

(8)

„Mit dem Verbot von Drogen werden die Risiken für Konsumierende und Gesellschaft nicht wirksam reduziert. Es verhindert weder den Drogenhandel noch senkt es wirksam den Konsum. Die Gesundheitsgefährdung durch Streckmittel, die Finanzierung der Mafia, Beschaffungskriminalität, sozialer Abstieg von Abhängigen, Begleiterkrankungen wie HIV/AIDS und Hepatitis – viele drogenbezogene Probleme werden mehr durch die Repression verursacht als durch die Drogen selbst.

Zugleich bindet die Repression große finanzielle Mittel: Mehrere Milliarden Euro werden für die Strafverfolgung ausgegeben, für Hilfe und **Prävention** nur ein Bruchteil davon.“ (Seite 128)

(9)

„Wir wollen die Kriminalisierung von Konsumierenden beenden. Dafür sollen für häufig gebrauchte Drogen bundeseinheitliche Höchstmengen festgelegt werden, bei deren Besitz keine Strafverfolgung erfolgt. So werden Mittel frei, die organisierte Kriminalität zu bekämpfen sowie Hilfe und **Prävention** zu stärken.“ (Seite 128)